



CRPM CPMR

CONFERENCE DES REGIONS PERIPHERIQUES MARITIMES D'EUROPE
CONFERENCE OF PERIPHERAL MARITIME REGIONS OF EUROPE

6, rue Saint-Martin 35700 RENNES - F
Tel. : + 33 (0)2 99 35 40 50 - Fax : + 33 (0)2 99 35 09 19
e.mail : secretariat@crpm.org - web : www.crpm.org

35. HAUPTVERSAMMLUNG DER CRPM 17.-19. Oktober 2007 - Florence (Toskana, Italien)

Die peripheren Küstenregionen, deren Liste folgt, kamen am 17.-19. Oktober 2007 in Florenz (Toskana, IT) im Rahmen der 35. Hauptversammlung der CRPM zusammen

ABERDEENSHIRE (UK), ABERDEEN CITY (UK), ABRUZZO (IT), AÇORES (PT), ANDALUCIA (ES), AQUITAINE (FR), ARAGÓN (ES), ARGYLL & BUTE (UK), ASTURIAS (ES), ATTIKI (GR), AUVERGNE* (FR), BALEARES (ES), BASSE-NORMANDIE (FR), BLEKINGE (SE), BORDER (IE), BORNHOLM (DK), BRETAGNE (FR), CALABRIA (IT), CALARASI (RO), CAMPANIA (IT), CANARIAS (ES), ÇANAKKALE (TR), CANTABRIA (ES), CASTILLA Y LEÓN (ES), CATALUNYA (ES), CENTRO (PT), COMUNITAT VALENCIANA (ES), CORNWALL (UK), CORSE (FR), DEVON (UK), EAST MIDLANDS REGIONAL ASSEMBLY (UK), EAST OF ENGLAND REGIONAL ASSEMBLY (UK), EAST OF SCOTLAND EUROPEAN CONSORTIUM (UK), EDIRNE (TR), EMILIA ROMAGNA (IT), FAMAGUSTA (CY), FIFE (UK), FRIULI-VENEZIA-GIULIA (IT), GALATI (RO), GALICIA (ES), GÄVLEBORG (SE), GOTLAND (SE), GUADELOUPE (FR), HALLAND (SE), HAMPSHIRE (UK), HAUTE-NORMANDIE (FR), HIGHLAND (UK), HIIUMAA (EE), HORDALAND (NO), IONIA NISIA (GR), ISLE OF MAN, ITÄ-UUSIMAA (FI), KENTRIKI MAKEDONIA (GR), KRITI (GR), KLAIPEDA (LT), KYMENLAAKSO (FI), LA REUNION (FR), LAZIO (IT), LISBOA E VALE DO TEJO (PT), MADEIRA (PT), MARCHE (IT), MIDTJYLLAND (DK), MECKLENBURG-VORPOMMERN (DE), MØRE OG ROMSDAL (NO), MURCIA (ES), NAVARRA (ES), NOORD-HOLLAND (NL), NORRBOTTEN (SE), NORDLAND (NO), NORDJYLLAND (DK), NORD-PAS-DE-CALAIS (FR), NORTE (PT), NOTIO AIGAIIO (GR), ODESSA (UA), ORKNEY (UK), ØSTFOLD (NO), OSTROBOTHNIA (FI), OULU (FI), PÄIJÄT-HÄME (FI), PAÍS VASCO (ES), PÄRNUMAA (EE), PAYS DE LA LOIRE (FR), PODLASKIE (PL), POITOU-CHARENTES (FR), PUGLIA (IT), PRIMORSKO-GORANSKA (HR), PROVENCE-ALPES-CÔTE D'AZUR (FR), RIGA (LV), ROGALAND (NO), SAAREMAA (EE), SARDEGNA (IT), SCHLESWIG-HOLSTEIN (DE), SHETLAND (UK), SICILIA (IT), SKÅNE (SE), SOGN OG FJORDANE (NO), SOMERSET (UK), SØR-TRØNDELAG (NO), SOUSSE (TN), SOUTH-WEST FINLAND (FI), STOCKHOLM (SE), TELEMAR (NO), THESSALIA (GR), TOSCANA (IT), TROMS (NO), TUKUMS (LV), TULCEA (RO), UUSIMAA (FI), VÄSTERBOTTEN (SE), VÄSTERNORRLAND (SE), VÄSTRA-GÖTALAND (SE), VEST-AGDER (NO), VESTFOLD (NO), WALES (UK), WESTERN ISLES (UK).

(*) Beobachter

Erklärung der Mitgliedregionen zur Verabschiedung des zukünftigen EU-Vertrages

Die 159 Mitgliedregionen der Konferenz der Peripheren Küstenregionen Europas, die zu ihrer jährlichen Hauptversammlung in Florenz, an diesem Freitag, 19. Oktober 2007, zusammengekommen sind, möchten den Teilnehmern an dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs, das auch am heutigen Tag in Lissabon stattfindet, ganz herzlich dazu gratulieren, dass sie alle Schwierigkeiten zu überwinden wussten, und so zur Verabschiedung des zukünftigen Vertrags der europäischen Union geführt haben.

Sie gratulieren besonders dem portugiesischen Premierminister und amtierenden Ratspräsidenten, Herrn M. **José Socrates**, und Herrn **José Manuel Durao Barroso**, dem Vorsitzenden der europäischen Kommission.

Sie erneuern ihre Zusage, für eine Beteiligung an einer renovierten Governance der europäischen Union voll und ganz zur Verfügung zu stehen.

INHALT

- I - Abschlusserklärung.....	S.3
- II - Beschlüsse.....	S.10

Die bei der Hauptversammlung anwesenden Regionen bedanken sich bei der Region Toskana und ihrem Vorsitzenden, Herrn Claudio MARTINI, Präsident der CRPM, für die Gastfreundschaft und den Empfang, der ihnen bereitet wurde.

Präsident Martini bedankt sich bei allen Teilnehmern, die als Vertreter der regionalen Behörden und der europäischen Institutionen an den Arbeitssitzungen der Konferenz teilgenommen haben. Er möchte ebenfalls der portugiesischen Regierung - EU-Ratspräsidentschaft im laufenden Halbjahr - für die Zusammenarbeit und für ihre Teilnahme an der Hauptversammlung danken.



Im Namen ihrer 159 Mitgliedregionen hat die Konferenz der Peripheren Küstenregionen Europas anlässlich ihrer 35. Hauptversammlung in der Toskana folgende Abschlusserklärung und Beschlüsse verabschiedet:

ABSCHLUSSEKTLÄRUNG

1. Mit Entschlossenheit projizieren die Mitgliedregionen der CRPM ihre Bemühungen bis auf das Jahr 2020. Sie wollen ihren Beitrag leisten zu Fortsetzung des Abenteuers Europa, das vor 50 Jahren begonnen wurde.

DER JURISTISCHE RAHMEN DER EUROPÄISCHEN AKTION

2. Es ist ihr dringlicher Wunsch, dass die Hypothek des juristischen Rahmens, der die Arbeit der kommenden Jahre bestimmt, so schnell wie möglich aufgehoben wird. Sie gratulieren der deutschen und der portugiesischen Ratspräsidentschaft für ihre Leistungen im Zusammenhang mit der Verabschiedung eines für die 27 Mitgliedstaaten zufriedenstellenden Vertrags, der das Projekt Europa in seinem Inhalt nicht verfälscht.

3. Sie bedanken sich auch bei der Ratspräsidentschaft, sowie bei der europäischen Kommission, dem europäischen Parlament und dem Ausschuss der Regionen dafür, dass die Anerkennung der Regionen und der Anspruch der territorialen Kohäsion wie sie aus der Arbeit des Konvents zur Zukunft Europas hervorgegangen sind, im wesentlichen beibehalten wurden.

4. Verabschiedung und Ratifizierung des Vertrags sind die Voraussetzungen einer jeglichen glaubwürdigen Perspektive für die Ambitionen der Union in der Welt des 21. Jahrhunderts. Die CRPM hofft sehr, dass der eingeleitete Vorgang bis 2009 bei der Ernennung einer neuen europäischen Kommission und den Wahlen zum europäischen Parlament abgeschlossen sein wird. Auf dieser Grundlage können dann alle notwendigen Kräfte, und insbesondere die regionalen Energien, mobilisiert werden, um den Herausforderungen des Jahrzehnts 2010 - 2020 zu begegnen.

AUFBRUCH IN EIN NEUES EUROPA

5. In der globalen Welt, in der wir uns befinden, ist der Rahmen für die Entwicklungs- und Beschäftigungsstrategien nicht mehr einzig auf die nationale Ebene und auch nicht auf den Großen Gemeinsamen Markt beschränkt. Mit dem freien Handel, den legalen und illegalen Einwanderungen, dem Klimawandel, der Verfügbarkeit von lebenswichtigen Ressourcen (Energie, Wasser, Nahrungsmittel) müssen sich unsere Gebiete wohl oder übel in der Globalisierung einfinden. Das ist die Welt, der sich die regionalen Verantwortlichen stellen müssen, um mitzuwirken und für ihre Mitbürger den besten Nutzen daraus ziehen zu können. Von der Union erwarten sie, dass sie die Rahmenbedingungen schafft, in dem sie so gut wie möglich die Vorteile ihrer Regionen nutzen und zur Konkurrenzfähigkeit und globalen Effizienz des ganzen Kontinents beitragen können. Von den Institutionen der Union und den EU-Mitgliedstaaten erwarten sie die weltweite Förderung der spezifischen Werte des europäischen Modells; sie sind bereit, ihren Beitrag zu einer Globalisierung zu leisten, bei der es weder Gewinner noch Verlierer gibt, als Voraussetzung für ein XXI. Jahrhundert des Friedens, des Wohlstands und der Demokratie.

6. Mit dem Papier «Die europäischen Regionen auf dem gemeinsamen Weltmarkt» (Februar 2007) hat die CRPM ihre Reflexionsarbeit zu dieser Herausforderung begonnen. Sie beabsichtigt, die Jahre 2008 und 2009 dafür zu nutzen, weiterhin ihre Analysen und Vorschläge für ein europäisches Vorhaben im nächsten Jahrzehnt vorzubereiten. Das Erarbeiten dieses Vorhabens wird das Kernstück der Hauptversammlung von Bayonne und der von Göteborg bilden, die jeweils unter französischem und schwedischem Vorsitz stattfinden werden.

GRUNDLAGEN DER KÜNFTIGEN REGIONALEN STRATEGIEN

7. Die CRPM ist tief davon überzeugt, dass bei dem Ausmaß der Herausforderungen, vor denen die Union und insbesondere deren Mitgliedregionen stehen, enorme Anstrengungen im Bereich der öffentlichen Politiken auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene notwendig sind. Hier müssen starke Anpassungen vorgenommen oder gar neue Antworten erfunden werden. Diese Reflexionsarbeit muss sich an den vier Ansprüchen orientieren, die den Sockel des europäischen Modells bilden:

- die Wettbewerbsfähigkeit, ohne die kein Reichtum erzeugt wird;

- die Notwendigkeit der nachhaltigen Entwicklung;
- die unverzichtbare territoriale Solidarität, um einen Kontinent mit mehreren Geschwindigkeiten zu vermeiden;
- eine Governance, die sämtliche demokratische Ebenen an der Formulierung und der Umsetzung der gemeinsamen Ziele beteiligt.

Dieser Sockel muss als Ausgangspunkt für die Debatte zu den Haushaltsüberprüfungen von 2008 und 2009 genommen werden. Erst nach der eingehenden Untersuchung dieser vier Punkte und nach der Festlegung von entsprechenden Leitlinien wird die Prüfung von Umfang und Struktur des Haushalts Sinn machen.

8. Diese Vorgehensweise wird sich auf zentrale Themen stützen, die seit 2004 im mittelfristigen Entwicklungsplan der CRPM enthalten sind bzw. mittlerweile eingeführt wurden.

Innovation für die Wettbewerbsfähigkeit

9. Ab der Übernahme der Strategie von Lissabon hat es 5 Jahre gedauert, bis der Rat der Staats- und Regierungschefs bei seiner Frühjahrstagung auf Vorschlag der europäischen Kommission im März 2005 festgehalten hat, dass in Ermangelung der Beteiligung sämtlicher betroffenen Akteure, vor allem der regionalen, die ganzen Bemühungen ins Stocken geraten sind. Dieser Kampf ist entscheidend für die Mitwirkung der Union an der Welt, die sich gerade herausbildet. Daher müssen die Regionen hier ihre ganze Kraft einsetzen, insbesondere für die Unterstützung der Innovationsfähigkeit ihrer kleinen und mittleren Unternehmen.

Von den europäischen Institutionen wurden zu diesem Zweck zahlreiche juristische und finanzielle Werkzeuge geschaffen, und die Regionalpolitik hat sich stark daran orientiert. Im Mittelpunkt der Bemühungen steht die Governance der Innovationspolitiken und insbesondere die Eignung der von den Regionen eingerichteten Systeme. Damit befassen sich unsere Geographischen Kommissionen sowie die unter der Leitung der Region Stockholm gebildete Kontroll-Arbeitsgruppe, um die auftretenden Schwierigkeiten zu identifizieren und allgemein gültige Vorgehensweisen zu nutzen. Diese Arbeit wird in ein Seminar münden, das im zweiten Halbjahr 2008 für sämtliche Regionen und für die nationalen und europäischen Behörden veranstaltet wird.

Mit dem Meer im Vorteil

10. Die erwartete Geburt der europäischen Meerespolitik ist von großer Bedeutung für unsere Mitgliedregionen. Sie haben einen Großteil ihrer Energie in die Begleitung der entsprechenden Initiative der europäischen Kommission gesetzt, sowohl bei den Vorbereitungen zum Grünbuch als auch bei denen zum Blaubuch.

In erster Linie möchten sie Herrn Manuel Durao Barroso, Vorsitzender der europäischen Kommission, Herrn Joe Borg, Kommissar für maritime Angelegenheiten, und Herrn John Richardson, Leiter der Task Force Meeresangelegenheiten, für die Qualität der von ihnen aufgebauten Partnerschaft und die intensiv geführten Konsultationen ihre Dankbarkeit aussprechen. Der Dank der Mitgliedregionen gilt auch dem Berichterstatter des europäischen Parlaments, Herrn Piecyk. Er richtet sich ebenfalls an die deutsche und die portugiesische Ratspräsidentschaft, bei der letzteren genauer an Herrn Mira Gomes, Generalsekretär zuständig für Meeresfragen.

Mit ihrem Papier «Schlussbeitrag zur Konsultation über das Grünbuch der europäischen Kommission zur Meerespolitik der Union», das vom Politischen Vorstand im Juni 2007 verabschiedet wurde, hat die CRPM in großem Maße zu den eröffneten Perspektiven beigetragen. Die in der Anlage aufgeführten regionalen *good practices* plädieren ebenfalls stark dafür:

- dass die Eignung der Regionen als eine der wichtigsten Koordinierungsebene für die Meerespolitiken anerkannt wird;
- das Meeresbecken als eine weitere entscheidende Ebene zu berücksichtigen.

Das Parlament war gewillt, die Gültigkeit dieser sowie weiterer Vorschläge in Bezug auf eine Sonderstellung der Inselproblematik (auf Anregung unserer Inselkommission) anzuerkennen.

Die CRPM wird mit den jeweiligen Ratspräsidentschaften der europäischen Union (Portugal, Slowenien, Frankreich) sämtliche Möglichkeiten untersuchen, über den Rahmen der Vorschläge der europäischen Kommission hinauszugehen.

11. Heute richten sich alle Erwartungen selbstverständlich an die portugiesische Ratspräsidentschaft. Unsere Mitgliedregionen fordern die Staats- und Regierungschefs dazu auf, anlässlich des Gipfeltreffens im Dezember 2007, die Meerespolitik der Union entschieden anzutreiben. Sie werden darin eines der Zeichen für das von Präsident Barroso zum Leitmotiv gemachte Europa der Projekte sehen. Sie erteilen ihrem Präsidenten, Herrn Claudio Martini, und Herrn Jean-Yves Le Drian, Vorsitzender der Region Bretagne und

innerhalb des Politischen Vorstandes zuständig für Meeresfragen, sowie dem Generalsekretariat den Auftrag, in den kommenden zwei Monaten alles Notwendige zu unternehmen, um dieses Dossiers zu einem glücklichen Abschluss zu bringen.

12. Die CRPM freut sich insbesondere über das gemeinsam mit dem Ausschuss der Regionen und dessen Vorsitzenden, Michel Delebarre veranstaltete Event «Blue Planet», das am 27. und 28. November 2007, noch einige Tage vor dem entscheidenden Gipfeltreffen, statt findet. Die Mitgliedregionen werden ebenfalls alles daran setzen, in dieser Zeit ihre Erwartungen bei ihren jeweiligen Staaten vorzubringen.

13. Über diese entscheidende Etappe hinaus beabsichtigt die Konferenz, ihre Bemühungen im Jahre 2008 fortzusetzen. Insbesondere strebt sie den Aufbau eines Netzes von maritimen Spitzenregionen an. Sie hofft, dieses Netz in Partnerschaft mit der europäischen Kommission einzurichten, und bietet sich ebenfalls für die Umsetzung der beim Gipfeltreffen von Dezember 2007 festzulegenden Leitlinien an.

Seeverkehr

14. Die CRPM beglückwünscht die europäische Kommission zur Ernennung eines Koordinators für die Hochgeschwindigkeitsseewege auf Vorschlag von Herrn Jacques Barrot, dem für Verkehr zuständigen Kommissar. An Herrn Luis Valente Oliveira, ebenfalls Vorsitzender des wissenschaftlichen Rats, richtet sie ihre besten Wünsche zur erfolgreichen Erfüllung seiner Aufgaben und sie erklärt sich bereit, ihm dabei zur vollen Verfügung zu stehen. Die CRPM möchte auch betonen, wie sehr sie es schätzt, vom europäischen Parlament und vom Rat bei den neuen Finanzbestimmungen des Europäischen Verkehrsnetzes die vorrangige Behandlung der Hochgeschwindigkeitsseewege erhalten zu haben. Dafür bedankt sie sich insbesondere bei Herrn Costa, Vorsitzender der Verkehrskommission des europäischen Parlaments.

15. Enttäuscht erklärt sie sich über das Fehlen von Seeverkehrsprojekten in der für 2006 festgelegte Planung im Rahmen des Marco Polo Programms.

16. Sie dankt Kommissar Jacques Barrot, der zugesagt hat, am kommenden 19. November in Gijón auf Einladung von Herrn Areces, dem Vorsitzenden der Region Asturien, mit allen Mitgliedregionen eine Sitzung zur Zukunft der Hafenpolitik und zur Politik des Seeverkehrs abzuhalten.

Sicherheit im Seeverkehr

17. Die Hauptversammlung übernimmt die «Erklärung zur Sicherheit im Seeverkehr» die anlässlich des in Santander im April 2007 auf Einladung der Region Kantabrien veranstalteten Seminars durch ihren Politischen Vorstand genehmigt wurde. Sie drängt das europäische Parlament und den Rat, so schnell wie möglich das dritte Maßnahmenpaket für die Sicherheit im Seeverkehr zu verabschieden.

Nutzung des Humankapitals

18. Die CRPM beglückwünscht ihre von der Region Stockholm und der Region Asturien moderierte Arbeitsgruppe für den Ausbau und die Aufwertung der Rolle der Regionen in den Beschäftigungs- und Bildungspolitiken. Sie wünscht sich, dass über diese ersten Schritte hinaus die Generaldirektion Beschäftigung (GD V), allgemeine und berufliche Bildung (GD XXII) und Kultur (GD X) der Europäischen Kommission in der Lage sind, im Dienste der Wissensökonomie, als ein Hauptbestandteil der Strategie von Lissabon, eine enge Partnerschaft mit den Mitgliedregionen aufzubauen. Für das Jahr 2008 ermutigt sie ihre Mitglieder zum Austausch und Transfer von *good practices* untereinander, und zwar bei folgenden Themen:

- Allgemeine und berufliche Ausbildung, die sich auf das ganze Leben erstreckt;
- Soziale Eingliederung der Migranten;
- Governance der Bildungspolitiken;
- Aktive Beschäftigungspolitiken.

Energie

19. Die CRPM begrüßt die neue Partnerschaft, die mit dem Kommissar für Energiefragen, Herrn Piebalgs, und dessen Dienststellen auf der Grundlage der unter der Leitung der Region Navarra durchgeführten Arbeiten eingegangen wurde. Sie beauftragt die betreffende Arbeitsgruppe sich 2008 bei ihren Analysen und Vorschlägen auf folgende zwei Themen zu konzentrieren:

- Wie kann eine auf regionaler Ebene vertretbare Energiepolitik gefördert werden?
- Wie ist die Bekämpfung der Ursachen des Klimawandels mit dem Ziel der territorialen Kohäsion zu vereinbaren?

Sie bedankt sich bei einer ihrer neuen Mitgliedregionen, nämlich der kroatischen Primorsko-Goranska, die sich mit dem kommenden Seminar am 8. und 9. November 2007 dazu verpflichtet hat, den Ausbau der Rolle der Regionen bei Energiefragen zu unterstützen.

Nachhaltige Entwicklung

20. Bei seiner Sitzung im Februar 2007 hat der Politische Vorstand festgestellt, dass die Strategie von Göteborg nicht mehr zu den höchsten Prioritäten der Gemeinschaftsaktion zählt. Auch die Hauptversammlung bedauert diese Entwicklung und sie teilt die Unzufriedenheit des Vorstands. Sie unterstützt die Strategie der CRPM in Sachen nachhaltiger Entwicklung sowie die von ihrem Politischen Vorstand festgelegte Strategie für ein integriertes Küstenzonenmanagement.

Darüber hinaus weist sie die europäische Kommission, den Rat und das Parlament auf die Stellungnahme ihres Politischen Vorstandes zur Frage der zu erreichenden Balance zwischen dem Umweltschutz und den übrigen Zielen der Gemeinschaft, vor allem der wirtschaftlichen, soziale und territoriale Kohäsion.

Ausgehend von dem bei der diesjährigen Hauptversammlung vorgelegten Beschluss wird die CRPM ihre Bemühungen bei der europäischen Kommission, beim Parlament und dem Rat fortsetzen, um zu einer Anpassungspolitik zu gelangen, die der vom Klimawandel dargestellten Herausforderung angemessen ist. Sie ermutigt die Kommission, auf diesem Gebiet mehr zu wagen.

Landwirtschaft

21. Die Hauptversammlung der Konferenz betrachtet das Papier des Generalsekretariates mit der Überschrift «Die maritimen Randgebiete Europas und die Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik» als Ausgangspunkt für eine Phase der genaueren Untersuchung und Ausarbeitung von Vorschlägen. Sie gratuliert ihrem wissenschaftlichen Rat für die Qualität der Arbeit, die dieser im Rahmen des auf Einladung der portugiesischen Region Centro am 31. Mai und 1. Juni 2007 abgehaltenen Seminars geleistet hat. Sie erteilt dem Politischen Vorstand und dem Generalsekretariat den Auftrag, eine Arbeitsgruppe zu bilden, welche für die Vielfalt der landwirtschaftlichen Verhältnisse in Europa steht, damit bei der Hauptversammlung von 2008 der Standpunkt der CRPM zur Zukunft der GAP formuliert werden kann. Sie gibt ebenfalls dem Politischen Vorstand und dem Generalsekretariat den Auftrag, im Laufe des zweiten Halbjahres 2008 ein Seminar mit den EU-Behörden und der Ratspräsidentschaft zu veranstalten, das allen Mitgliedregionen offen steht. Für die Vorarbeiten zu dieser Veranstaltung können zwei Leitlinien herangezogen werden:

- der Bedarf an Ernährungssicherung;
- die Beibehaltung der Landwirtschaft auf dem Gebiet unserer Mitgliedregionen.

In den nächsten Jahren werden sich die Regionen großen Herausforderungen wie Globalisierung, Klimawandel und Demographie stellen müssen. Dabei hängen all diese Schwerpunkte mit der Agenda von Lissabon und von Göteborg und mit der Debatte zur nachhaltigen Entwicklung zusammen. Die Kohäsionspolitik 2014-2020 und die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) müssen diese Herausforderungen widerspiegeln und berücksichtigen.

Wichtig ist, offene und transparente Diskussionen zum nächsten Planungszeitraum zu eröffnen, und die Regionen zu ermutigen, sich daran zu beteiligen.

Die zukünftige Kohäsionspolitik sollte die Agenda von Lissabon und die von Göteborg enger miteinander verknüpfen und sich dabei auf wirtschaftliches Wachstum, Wettbewerb, Innovation und vertretbare Entwicklung konzentrieren. Besondere Aufmerksamkeit sollte den Regionen mit demographischen und geographischen Nachteilen zukommen.

Tourismus

22. Die Hauptversammlung bestätigt die vom Politischen Vorstand an die Regionen Sizilien und Västra-Götaland übertragene Aufgabe, mithilfe des Generalsekretariates eine Arbeitsgruppe zur Entwicklung einer nachhaltigen Fremdenverkehrswirtschaft einzurichten, weil diese ein wichtiger Wachstumsfaktor in unseren Mitgliedregionen ist.

Territoriale Kohäsion

23. Die CRPM äußert ihre Besorgnis über die fehlenden Schlussfolgerungen und Handlungsanweisungen von Seiten der europäischen Kommission im Anschluss an den 4. Kohäsionsbericht. Aus diesem Bericht geht auch tatsächlich nicht hervor, dass sich die Union in Richtung eines stärkeren territorialen Zusammenhalts bewegt. Das Aufgeben dieses Anliegens wäre ein Rückschritt, der einer weiteren Festigung der Union schaden würde. Die aufeinanderfolgenden Erweiterungen des Großen Gemeinsamen Marktes konnten

deshalb erfolgreich vollzogen werden, weil sie von Mechanismen zum Schutz gegen die einseitigen Erschütterungen des Konkurrenzkampfes begleitet wurden. Sie haben den Regionen mit strukturellen Schwierigkeiten die Möglichkeit geboten, Akteure der gemeinschaftlichen Wertschöpfung zu werden. Solche Mechanismen, in welcher Form auch immer, müssen Teil des europäischen Modells sein. Die Hauptversammlung bittet die europäische Kommission eindringlich, zu diesem Thema eine Reflexionsarbeit mit sämtlichen betroffenen Akteuren zu starten.

24. Zunächst bedankt sie sich bei der deutschen und der portugiesischen Ratspräsidentschaft für deren Unterstützung bei der Ausarbeitung der territorialen Agenda der Union. Sie erklärt sich zufrieden über die fortwährende Beteiligung der CRPM an diesem Arbeitsfeld. Sie sichert der portugiesischen Ratspräsidentschaft und insbesondere dem Staatssekretär für Raumordnung, Herrn Joao Ferrao, ihre volle Unterstützung zu, um beim informellen Rat vom 23. und 24. November 2007 zur Verabschiedung eines Aktionsplanes beizutragen. Sie äußert den dringlichen Wunsch, dass die slowenische und die französische Ratspräsidentschaft im Jahr 2008 die Bemühungen in diese Richtung fortführen.

25. Die CRPM, die hier seit der Festlegung der europäischen Raumentwicklungsperspektive im Jahre 1999 begleitende Arbeit geleistet hat, bittet eindringlich darum, dass die Mitgliedstaaten die Unklarheiten beseitigen, die mit der Stellung der Vertreterorganisationen von Regionen und Städten zusammenhängen, und die von einer Ratspräsidentschaft zur anderen bestehen bleiben. Diese Organisationen müssen voll und ganz anerkannt werden.

Gleichermaßen muss die Abstimmung dieser Überlegungen auf die politischen Mechanismen der Union, ob bei der Regionalpolitik oder bei den Sektorpolitiken, definiert und gesichert werden, denn sonst bleiben auch die besten Leitlinien nichts anderes als Lippenbekenntnisse, die nur für diejenigen zufriedenstellend sind, von denen sie stammen.

Globalisierung und territoriale Kohäsion

26. Die notwendige tiefgehende Reflexion über die regionalen und territorialen Politiken, die im nächsten Jahrzehnt in der Union ansteht, kann nicht unabhängig von der Weltbühne, auf der Europa und seine Regionen konkurrieren, geführt werden. In den Grundlagen für die Einführung der Regionalpolitik der Union im Jahr 1989, als Begleitung der internen Logik für Bildung des Großen Gemeinsamen Marktes, fehlte diese Dimension weitgehend.

Um diese neue Dimension und deren Folgen für ihre Mitgliedregionen zu berücksichtigen, hat die CRPM im Laufe der vergangenen Jahren angefangen, ihre Beziehungen sowohl zu den Verbänden von Regionen in den übrigen Erdteilen als auch zu den Institutionen, die an der Weltgovernance beteiligt sind, zu strukturieren. Das europäische Modell der territorialen Kohäsion wird nicht überleben, wenn diese Einsicht nicht von den konkurrierenden wirtschaftlichen und politischen Gebilden der Union geteilt wird (und die Kosten dafür untereinander aufgeteilt werden). Deshalb wird die Konferenz mit ihrer Aktion drei Richtungen einschlagen.

27. Aus der Konferenz müssen Vorschläge für globale, kontinentweite und nationale Politiken hervorgehen, die den Regionen die Möglichkeit geben, ihr geographisches, humanes und wirtschaftliches Potential im globalen Austausch zu nutzen. Dazu müssen auch die Schlüsselfaktoren der territorialen Konkurrenzfähigkeit genauer untersucht werden. Dies ist das Ziel des wissenschaftlichen Seminars vom 3. und 4. Dezember 2007, das in Zusammenarbeit mit dem UN-Entwicklungsprogramm und mit der Mitarbeit und Unterstützung der europäischen Kommission, der OECD und der portugiesischen Ratspräsidentschaft der Union, auf Einladung von Herrn Fonseca Ferreira, Vorsitzender der Region Lisboa e Vale do Tejo, zum Thema «Gebiete und Globalisierung» veranstaltet wird.

Die Ergebnisse aus diesem Seminar werden als Grundlage für den «Zweiten Internationalen Konvent für eine regionale Betrachtungsweise der Governance und der Entwicklung» dienen, der in Tanger vom 12. bis zum 14. Mai 2008 auf Einladung von Herrn Benallal, Präsident der Region Tanger-Tétouan und Königreich Marokko, stattfinden wird. Die Vereinten Nationen, die OECD, die europäische Kommission werden bei diesem Anlass zusammen mit der CRPM die Vertreter der Regionen der übrigen Kontinente empfangen, um die territorialen Instrumente einer gerechten Globalisierung schrittweise zu definieren.

Denselben Gedanken einer notwendigen Öffnung verfolgte die CRPM auch als sie mit der portugiesischen Ratspräsidentschaft der Union und Kommissar Joe Borg am 9. und 10. Juli 2007 auf den Azoren auf Einladung von Herrn Carlos César, Vorsitzender der autonomen Regierung, das erste Treffen von maritimen Akteuren der 5 Kontinente veranstaltet hat, um einen Dialog über die Stellung der Ozeane in der Globalisierung aufzunehmen. Mit Nachdruck bittet die CRPM die europäische Kommission und den Rat,

die Voraussetzungen für die Weiterführung dieser Weltgespräche zu prüfen, denn sie sind der Schlüssel für ein nachhaltiges Management der Meere, die als Gemeingut zu betrachten sind.

Wiederum mit demselben Ziel vor Augen wird die Konferenz das Network of Regional Governements For Sustainable Development (nrg4SD) bei der Veranstaltung des Welttreffens der Regionen zum Klimawandel technisch unterstützen. Diese findet vom 28. bis 31. Oktober 2008 in Saint-Malo (Frankreich) auf Einladung von Herrn Jean-Yves Le Drian, Vorsitzender der Region Bretagne, statt.

All diese Bemühungen, die globale Dimension zu berücksichtigen, werden in das Projekt einfließen, das die Konferenz für das Europa nach 2013 vorbereitet.

28. Die CRPM wird weiterhin daran arbeiten, dass die Regionen die Möglichkeit bekommen, ihre Anliegen auf der Weltbühne zu artikulieren.

Die Hauptversammlung hält die «Erklärung der Regionen zu ihrer Mitwirkung an der Governance der Globalisierung» fest, die von ihrem Politischen Vorstand ratifiziert und am 7. März 2007 in Marseille anlässlich des «Ersten internationalen Konvent für einen dezentralen Entwicklungsansatz» auf Einladung von Herrn Michel Vauzelle, Vorsitzender der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur und Vorsitzender der intermediterranen Kommission verabschiedet wurde. Sie bedankt sich ganz herzlich bei Frau Danuta Hübner, Europäische Kommissarin für Regionalpolitik, bei Herrn Eneko Landaburu, Generaldirektor für auswärtige Beziehungen an der EU-Kommission, bei Herrn Bruce Jenks, stellvertretender UNDP-Administrator, bei der OECD und dem französischen Außenministerium für deren Unterstützung bei dieser Veranstaltung.

Die Hauptversammlung gratuliert ihrem Vorsitzenden, Herrn Claudio Martini, für seine Ernennung als Präsident des FOGAR, des Globalen Forums der weltweiten Verbände von Regionen, anlässlich der Bildung des Exekutivbüros dieses Forums, die auf Einladung der Regionalregierung der Kapprovinz (Südafrika) am 24. und 25. August 2007 stattgefunden hat. Angesichts der Pioniertradition der CRPM, betrachtet sie es als deren Pflicht, den Aufbau einer weltweiten Organisation der Regionen zu unterstützen. Eine solche Entwicklung zu fördern kann die Stellung und die Rolle der Regionen innerhalb der Union nur stärken. Die Hauptversammlung bedankt sich außerordentlich bei den Mitgliedregionen, die sich entschlossen haben, diese Initiativen auf besondere Weise zu unterstützen. Sie stimmt der Bildung einer darauf zugeschnittenen Arbeitsgruppe zu.

Die Hauptversammlung erklärt, sie wünsche sich einen Synergie- und Konvergenzeffekt der regionalen Bemühungen mit denen der übrigen substaatlichen Ebenen.

29. Um die Eingliederung der Mitgliedregionen der CRPM in den weltweiten Austausch besser zu fördern, müssen die Bemühungen um eine einfachere Zusammenarbeit zwischen den europäischen und den übrigen Regionen fortgesetzt werden.

Die CRPM bedankt sich bei der europäischen Kommission für den Platz, den sie den Regionen in den Bestimmungen zu ihren externen Kooperationen im Abschnitt 2008-2013 eingeräumt hat. Damit wurde den Regionen in einer neuen Weise die Fähigkeit zuerkannt, an den Politiken der Union mitzuwirken.

30. Die intermediterrane Kommission, die Ostsee-Kommission, die Kommission Balkan & Schwarzes Meer und die ultraperipheren Regionen werden sich weiterhin stark für die Umsetzung der Nachbarschafts- und Großnachbarschaftspolitiken der Union einsetzen. Sie erklären wiederholt ihre Bereitschaft, sich daran voll und ganz zu beteiligen.

31. Die Hauptversammlung nimmt stolz zur Kenntnis, dass einige ihrer Mitgliedregionen und geographischen Kommissionen mit der Unterstützung der europäischen Kommission und der UN-Agenturen erste konkrete Kooperationsprojekte mit Regionen bzw. Zusammenschlüssen von Regionen aus den anderen Kontinenten auf die Beine gestellt haben. Besonders bedankt sie sich bei Herrn Kemal Dervis, UNDP-Administrator, für die eingerichtete Partnerschaft.

32. Schließlich übernimmt die Hauptversammlung die Stellungnahme ihres Politischen Vorstandes zur Frage des Umgangs mit der illegalen Einwanderung in den Randgebieten der europäischen Union, die auf Initiative der regionalen Regierung der Kanarischen Inseln zustande kam. Sie unterstützt die Mitgliedregionen, die von dieser Problematik unmittelbar betroffen sind und bittet die Kommission und den Rat, sich eingehend mit den unterbreiteten Vorschlägen zu befassen. Ihre für globale Fragen zuständige Arbeitsgruppe fordert sie dazu auf, die in dieser Stellungnahme erwähnten Überlegungen weiterzuführen mit dem Ziel, „zusammen mit allen peripheren Küstenregionen den Solidaritäts- und Kooperationsplan für die europäischen Meere aufzustellen, der Mittelmeer, Atlantik, Karibik und Indischer Ozean einschließt.“

MITTELFRISTIGE ENTWICKLUNG IN DER CRPM

33. Die Hauptversammlung freut sich, 7 neue Mitgliedregionen in ihrer Mitte begrüßen zu dürfen: Burgas Varna (Bulgarien), Chiatura (Georgien), Picardie (Frankreich), Schleswig-Holstein (Deutschland), Monastir (Tunisien) und Syddanmark (Dänemark).

2004 hatte die CRPM anlässlich ihrer Hauptversammlung in Stavanger ihren 2. mittelfristigen Entwicklungsplan aufgestellt. Die Hauptversammlung stellt fest, dass dieser Plan den Entwicklungen in Europa und der Welt angepasst werden muss. Mit ihren 159 Mitgliedregionen erteilt sie ihrem Politischen Vorstand und dem Generalsekretariat den Auftrag, den Plan in Anlehnung an die Leitlinien der vorliegenden Abschlusserklärung für die Jahre 2008 und 2009 zu überarbeiten.

Sie bittet auch den Politischen Vorstand und das Generalsekretariat, die notwendigen Analysen und Reflexionsarbeiten zur Weiterentwicklung der CRPM einzuleiten, um über ein Werkzeug zu verfügen, da bestens auf die neuen Herausforderungen ab 2010 vorbereitet ist. Entsprechende Vorschläge sind bei der Hauptversammlung von Aberdeen zu erörtern.

**Einstimmig angenommen
(1 Enthaltung)**

••

- II -

BESCHLÜSSE

II.1 - Beschluss über die illegale, nicht gemeldete und unregulierte Fischerei
(von der Nordsee-Kommission vorgelegt)

~~~~~

**II.2 - Beschluss über Energie und Klimaveränderungen**  
(von der Ostsee-Kommission vorgelegt)

~~~~~

II.3 - Beistandserklärung zugunsten der Via Baltica durch den Bau der Umfahrung von Augustów
(von der Ostsee-Kommission vorgelegt)

~~~~~

**II.4 - Beschluss über den Schutz des Mittelmeers vor Verschmutzung**  
(von der Intermediterranen Kommission vorgelegt)

~~~~~

II.5 - Beschluss über Waldbrände
(von der Intermediterranen Kommission vorgelegt)

~~~~~

**II.6 - Beschluss über die Anpassung an den Klimawandel in Europa: Die Handlungsmöglichkeiten der europäischen Union - KOM(2007) 354 endg.**  
(vorgelegt von der Konferenz der Peripheren Küstenregionen Europas)

~~~~~

ILLEGALE, NICHT GEMELDETE UND UNREGULIERTE FISCHEREI

Von der Nordsee-Kommission der CRPM vorgelegter Beschluss

In Zusammenarbeit mit den Mitgliedregionen und gemäß der nationalen und internationalen Gesetze sowie entsprechend der *best practices* wird die Nordsee-Kommission der CRPM gleichzeitig auf politischer und auf technischer Ebene gegen die illegale, nicht gemeldete und unregulierte Fischerei (IUU Fischerei) vorgehen.

Fest steht, dass die Bekämpfung der IUU Fischerei von allen maritimen Regionen Europas ausgehen muss, und dass jeder Staat vorbeugende Maßnahmen dagegen zu treffen hat. Die Zusammenarbeit zwischen den Hafenstaaten gehört zu den wirksamsten Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Problems.

Ausgehend von den norwegischen Politiken zur IUU Fischerei ist die Regierung der Grafschaft Troms (Norwegen) der Meinung, Europa müsse dieser Frage eine größere Aufmerksamkeit zumessen. Es wäre äußerst wünschenswert, dass die Regionalbehörden die nationalen Abkommen zur Unterbindung der IUU Fischerei unterstützen und sich aktiv für die Erarbeitung neuer Regelungen einsetzen.

Die Nordsee-Kommission und die CRPM bieten ein natürliches Forum für diese Arbeit, da die IUU Fischerei sämtliche Küsten- bzw. Fischereigebiete Europas beeinträchtigt. Die nationalen Behörden können zwar eine Meldepflicht für alle Anlandungen von Fischfang einführen, aber die praktische Umsetzung der gesetzlichen Regelungen vor Ort kann nur durch aktive Überwachungsmaßnahmen an jedem Anlandungsort gewährleistet werden. Wenn die Regionen Europas bereit sind, diese Frage gemeinsam anzugehen um die aktuellen Bestimmungen in der Praxis durchzusetzen, so wird dies ein enormer Schritt für eine bessere gemeinsame Zukunft sein.

Wir bitten sämtliche Mitgliedstaaten der Nordsee und der CRPM sich in einer aktiven Kampagne gegen die IUU Fischerei zu engagieren und alle internationalen Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Problems tatkräftig zu unterstützen. Bezüglich des Vorhabens der CRPM «Europa des Meeres» und der Aufmerksamkeit, die zur Zeit dem Grünbuch der EU zur Meerespolitik zukommt, laden wir alle Mitglieder ein, eine gemeinsame Verantwortung in der aktiven Bekämpfung der IUU Fischerei zu übernehmen, zum Schutz der Meere und der Personen, die am Meer leben und mit dem Meer ihren Lebensunterhalt verdienen.

Einstimmig angenommen

∴

ENERGIE UND KLIMAVERÄNDERUNGEN

Von der Ostsee-Kommission vorgelegter Beschluss

Die CRPM möchte sich hiermit zu ihrem starken Engagement im Kampf für die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaften und gegen die Erderwärmung und den Klimawandel bekennen. In diesem Sinne begrüßen wir auch die Initiativen der europäischen Kommission im Rahmen des Aktionsplans zur Energie und zum Klima «Energie für eine Welt im Wandel», und sind davon überzeugt, dass mit ambitionierten Zielen ein Schritt in die richtige Richtung gemacht wird, und dass diese Ziele mit geeigneten Maßnahmen erreicht werden können.

Die CRPM möchte die Bedeutung der Rolle der Regionen als Partner der EU-Energiepolitiken hervorheben. Die erneuerbaren Energien in den maritimen und peripheren Gebieten stellen ein enormes Potential an Bioenergie und –Strom dar, die aus Wind, Sonne, Wellen, Wasserstoff und noch mehr gewonnen werden können. Einige Regionen verfügen auch über weite Landstriche, die sich zur Energieerzeugung aus der Landwirtschaft und auch aus der Forstwirtschaft eignen. Die einzelnen Regionen besitzen auch Spitzeneinrichtungen für Forschung und Innovation im Bereich Energie und Umwelt. Dazu kommt, dass die Regionen, die für einen Großteil des Jahres an strengere Klimaverhältnisse gewöhnt sind, vor allem Skandinavien, viel Erfahrung mit Niedrigenergiehäusern in Ökobauweise und andere Maßnahmen zur Verbesserung des Energie-Wirkungsgrades besitzen.

Die CRPM weist darauf hin, dass die erneuerbaren Energien – als Lösung für den künftigen Bedarf an Energie – mit einer Begrenzung der Nachfrage sowie mit einer besseren Energieproduktivität kombiniert werden müssen, um die Kohlenstoffemissionen zu verringern.

Wir, die Mitgliedregionen der CRPM, sind uns all dessen bewusst und deshalb:

- Möchten wir die europäische Union dazu ermutigen, sich weiterhin **ehrgeizige Ziele** zu setzen, denn wir haben festgestellt, dass diese Forschung & Entwicklung sowie Innovation **stimulieren** und dass die Industrie sowie die Mitgliedstaaten dadurch motiviert werden, ihre Strategien zu verbessern, um diese Ziele zu erreichen.
- Wollen wir, dass der Wettkampf, das wirtschaftliche und soziale Wachstum, der Klimawandel und die nachhaltige Entwicklung –mit anderen Worten die **Strategien von Lissabon und von Göteborg**– zu den **Hauptanliegen** bei der Prüfung des EU-Haushalts und für den Zeitraum nach 2013 gehören. Dies schließt die GAP, die Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums, die Kohäsionspolitik, die Rahmenprogramme und weitere Bestandteile des EU-Haushalts ein.
- Fordern wir die europäische Kommission dazu auf, in der Umsetzung eines **neuen internationalen Protokolls** ab 2012 (also im Nach-Kyoto-Zeitraum), bei welchem die EU im Kampf gegen die Klimaveränderungen mit gutem Beispiel vorangehen muss, eine **maßgebende Rolle** zu übernehmen.
- Haben wir erkannt, dass die maritimen und peripheren Gebiete zu den größten potentiellen Erzeugern von erneuerbaren Energien zählen. Aufgrund des **Mangels an Infrastrukturen** gibt es allerdings da **größere Probleme bei der Zuführung der Energieüberschüsse** in die dichter besiedelten Zonen. Dieser paradoxen Situation, dass die Regionen mit Energieüberschuss bzw. mit einer großen potentiellen Produktion nicht in der Lage sind, die erzeugte Energie an die weiterzuleiten, die sie brauchen, muss durch **Investitionen und Verbesserung** der Infrastrukturen abgeholfen werden.
- Sind wir der Meinung, dass wir zur Reduzierung des CO₂-Austoßes anstatt fossiler Brennstoffe die Nutzung von erneuerbaren und nachhaltigen Energiequellen, vorzugsweise mit lokalen Mitteln und durch lokale Bewirtschaftung, fördern müssen.
- Sind wir der Ansicht, die europäische Union müsse dafür Sorge tragen, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien bzw. der Bioenergien, ohne Beeinträchtigung der Lebensmittelproduktion, insbesondere in den Entwicklungsländern, stattfindet.
- Erkennen wir die Bedeutung von Forschung & Entwicklung für den Ausbau der erneuerbaren Energien an. Wir bitten die europäische Union, für den Zugang zu den F&E-Programmen wie das 7.

Rahmenprogramm für F&E sowie für eine bessere Abstimmung der Programme untereinander zu sorgen, entsprechend der Empfehlungen des CREST (Comité de la recherche scientifique et technique).

- Freuen wir uns über die Untersuchung zum **System für den Handel mit Emissionsrechten (ETS)** und zu dessen Zukunft nach Ablauf des zweiten Zeitraums im Jahr 2012. Wir möchten dieses System verlängern, um es auf **mehr Bereiche, Kraftstoffe und Länder** wie bis jetzt zu erweitern. Eine von PriceWaterhouseCoopers¹ durchgeführte und im Juli 2007 veröffentlichte Umfrage zeigt für 2007 im Vergleich zu den früheren Jahren einen sehr deutlichen Anstieg der Investitionen in erneuerbare Energien. Zwei von drei europäischen Energiebetrieben versichern, dass der Handel mit Emissionsrechten in der EU bei dieser Entwicklung eine wesentliche Rolle spielt.
- Weisen wir darauf hin, dass es nicht nur der **Umwelt, den Arbeitsplätzen und dem nachhaltigen Wachstum** zugute kommt, wenn der CO₂-Fußabdruck abgeschwächt und dafür gesorgt wird, dass eine sichere und nachhaltige Energiequelle zur Verfügung steht. Hier geht es auch um weitere soziale Dimensionen, die nicht unterschätzt werden dürfen. Dieses Jahr haben wir den 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge gefeiert. Wir wurden dabei an die ursprünglichen Beweggründe für diese Ereignis erinnert, das später zur europäischen Union geführt hat, **nämlich Frieden und Solidarität**. Mit dem ständig steigenden Energieverbrauch in der Welt ist die Energieversorgung zu einem immer wichtigeren Machtinstrument geworden. Durch Zusammenarbeit in den europäischen Netzwerken und Projekten kommt es unter den Regionen zu einem Ideen-, Erfahrungs- und Wissensaustausch und somit zu einer **gerechteren Energieversorgung** und langfristig **zu nachhaltigen Gesellschaften**.

Einstimmig angenommen

•
•

¹ "Energy and Efficiency: Utilities Global Survey 2007", PriceWaterHouseCoopers
[http://www.pwc.com/extweb/pwcpublishings.nsf/docid/01834727CE72FBAD852572F8007175EC/\\$File/energy-and-efficiency_utilities_global_survey_2007.pdf](http://www.pwc.com/extweb/pwcpublishings.nsf/docid/01834727CE72FBAD852572F8007175EC/$File/energy-and-efficiency_utilities_global_survey_2007.pdf)

**BEISTANDSERKLÄRUNG ZUGUNSTEN DER VIA BALTICA DURCH DEN BAU DER
UMFAHRUNG VON AUGUSTÓW**

Von der Ostsee-Kommission vorgelegter Beschluss

Die VIA BALTICA² ist eine Verkehrsader von größter Bedeutung für die Europäische Union und außerdem die einzige Möglichkeit, von einem beliebigen Ausgangspunkt in Europa über den Landweg zu den baltischen Staaten und nach Finnland zu gelangen, ohne die EU zu verlassen.

Diese Streckenführung wurde beim Gipfeltreffen der Verkehrsminister auf Kreta (GR) im März 1994 festgelegt. Bei diesem Anlass wurde auch entschieden, die VIA BALTICA *Paneuropäischer Verkehrskorridor* zu nennen.

Leider wurde der Bau dieses *Paneuropäischen Verkehrskorridors* in Polen eingestellt, denn er steht in Konflikt mit dem Projekt NATURA 2000.

Als Hintergrund haben wir also eine Konfliktsituation zwischen NATURA 2000 und den TEN-Politiken. Dieser Konflikt hatte die vorläufige Einstellung der Umgehungsstraße in Augustów³ (Podlachien - PL) zur Folge, so dass die Stadt nun zum Engpass auf der VIA BALTICA wurde.

Der Teil der VIA BALTICA, der durch Polen führt, bildet eine enge Passage zwischen zwei Ländern, die nicht EU-Mitglieder sind (der russischen Enklave Kaliningrad und Weißrußland). Für den Verkehrskorridor gibt es leider keine Alternative außerhalb der Zone NATURA 2000, die nicht mit erheblichen Mehrkosten für die Umfahrung und einer größeren Umweltverschmutzung verbunden wäre. Seit der Aufnahme Polens in die Europäische Union (1. Mai 2004) ist das Verkehrsaufkommen auf diesem Streckenabschnitt, und damit die Unfallgefahr, rapide angestiegen. Beispielsweise gab es 2006 in der Region Podlachien (PL) bei den insgesamt 12.955 registrierten Zusammenstößen 208 Tote und 1.438 Verletzte.

Vor vielen Jahren, vor seinem Beitritt zur EU und vor der Festlegung der Schutzzonen im Rahmen von Natura 2000⁴, hatte Polen dieses Problem erkannt und deshalb beschlossen, den Abschnitt der VIA BALTICA, der durch Augustów führt, neu zu bauen.

Dieses Vorhaben wird zweifelsohne die Entwicklung aller baltischen und skandinavischen Regionen fördern und darüber hinaus den Zusammenhalt in Europa stärken. Daher möchten die CRPM- Mitgliedregionen der Ostsee-Kommission die Europäische Kommission dazu ermahnen, ihre Entscheidung bezüglich der Umgehungsstraße von Augustów zu überdenken und sich erneut mit dem Problem gemäß der Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung und der Gerechtigkeit unter den europäischen Bürgern zu befassen, um eine optimale Konkurrenzfähigkeit für die Region Podlachien und ein gerecht verteiltes Angebot an Diensten von allgemeinem Interesse zu gewährleisten.

**Mehrheitlich angenommen
(4 Gegenstimmen - 6 Enthaltungen)**

∴

² Die europäische Straße E67 ist eine Autobahn, die Prag, in der Tschechischen Republik, mit Helsinki in Finnland verbindet und dabei durch Polen, Kaunas (Litauen), Riga (Lettland) und Tallinn (Estland) führt.

³ Augustów ist ein Touristenort im Nord-Osten Polens, eine Stadt deren wirtschaftliche Entwicklung stark vom Bau der VIA BALTICA abhängt. Weitere Gemeinden der Region Podlachien sind von demselben Problem betroffen.

⁴ Nach 15 Jahren der Gerichtsverfahren, der breit angelegten sozialen Befragungen der einzelnen Interessenvertreter und der zahlreichen eingehenden Untersuchungen der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen von fünf verschiedenen Varianten, hat der lang ersehnte Bau der Umgehungsstraße von Augustów letzten Winter endlich begonnen.

SCHUTZ DES MITTELMEERS VOR VERSCHMUTZUNG

Von der Intermediterranen Kommission vorgelegter Beschluss

Die Mittelmeer-Regionen, die Mitglieder in der intermediterranen Kommission der CRPM sind, haben anlässlich ihres Treffens in Florenz am 17. Oktober 2007 folgende Erklärung verabschiedet:

Die Regionen betrachten die Entgiftung des Mittelmeers als eine vorrangige Aufgabe für die Zukunft der Anrainer des Mittelmeerbeckens und äußern ihre Besorgnis angesichts der Verschlimmerung der Situation.

Kontext

Das Ausmaß der hauptsächlich vom Land her eingetragenen und unter anderem durch die Demographie und die Tätigkeiten an den Küsten sowie durch die Größe der betreffenden Einzugsgebiete bedingten Schadstoffbelastung, verbunden mit dem Wasserhaushaltsdefizit im Mittelmeerraum, macht aus dem Mittelmeer eines der für Verschmutzung anfälligsten Gewässer auf der Welt.

Die hohen Schadstoffkonzentrationen im Wasser, in den Sedimenten und in den lebenden Organismen stellen ein hohes Risiko für die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Umwelt dar, das alle Anrainerregionen gemeinsam tragen.

In vielen Bereichen wie Gesundheit und Hygiene, Tourismus, Trinkwasserversorgung, Fischerei, Artenvielfalt im Meer usw., werden sich die Folgen der zunehmenden Umweltbelastung kumulieren und sich durch die Auswirkungen des Klimawandels noch verstärken.

Nur wenn die Verschmutzung soweit verringert wird, dass die Gesundheit der Ökosysteme bewahrt werden kann, ist eine bestmögliche Anpassung an die Folgen des Klimawandels gewährleistet («climate-proofing Effekt»).

Vor diesem Hintergrund erklären die Mittelmeer-Regionen Folgendes:

- Sie freuen sich über die internationale und europaweite Anerkennung der Bedeutung dieses Problems für das Mittelmeer.
- Sie begrüßen die Initiativen der Union in diesem Bereich, unter anderem „Horizont 2020“, die Wasser-Rahmenrichtlinie sowie die Meeresstrategie und die Umweltstrategie zum Schutz des Mittelmeerraumes.
- Sie stellen fest, dass bereits zahlreiche Instrumente und Programme seit vielen Jahren im Mittelmeer-Raum im Einsatz sind, wie zum Beispiel die 6 Zentren für regionalen Einsatz des UNEP/MAK (REMPEC, Blue Plan, RAC/SPA, PAP/RAC, Info/RAC, CP/RAC) (s. *Anhang S. 4*), und nehmen zur Kenntnis, dass ein globales Überwachungsprogramm wie das MED POL und zahlreiche von der EU unterstützte Finanzierungsprogramme vorhanden sind (s. *Anhang S. 4*).
- Allerdings bedauern sie, dass für diese Aktionen im Mittelmeerraum keine Synthese aufgestellt wird, um aus den Ergebnissen Lehren zu ziehen und die festgestellten Hemmfaktoren zu analysieren.
- Sie sind der Auffassung, dass die Governance sowohl der Werkzeuge für die euromediterrane Partnerschaft als auch des MAP immer noch ungenügend bzw. ungeeignet sind und sie sind davon überzeugt, dass die Verschmutzung in diesem Gebiet einzig und allein durch eine neue Governance des Mittelmeerraumes – die eine enge Zusammenarbeit zwischen der internationalen, der regionalen und der lokalen Ebene voraussetzt - herabgesetzt werden kann.
- Die Ebenen, die innerhalb der räumlichen Planung und Verwaltung tatsächlich funktionsfähig sind und sich auf die Umwelt auswirken, seien aber dabei nicht aufeinander abgestimmt, mit der nennenswerten Ausnahme der Initiative «Horizont 2020».
- Im Rahmen ihrer Partnerschaft mit den lokalen Akteuren haben die Regionen von zahlreichen lokalen Initiativen erfahren, deren Ausmaß und Auswirkungen heute noch nicht ermittelt sind. Sie sind der Meinung, die regionalen und die lokalen Ebenen seien der beste Garant für die Einrichtung durch die Bürger von territorialen integrierten Managementsystemen, die sich sowohl als funktionsfähig und angemessen wie auch als dauerhaft erweisen.
- Sie versichern, dass für die Einrichtung von Plattformen für den Austausch von Daten und Erfahrungen unter den lokalen Akteuren, der EU und dem UNEP, die regionale Ebene am besten geeignet sei.

- Deshalb verpflichten sie sich erneut dazu, sich über die CRPM an der euromediterranen Debatte zu den Entgiftungspolitiken des Mittelmeers und vor allem an der Initiative «Horizont 2020» zu beteiligen.
- Bezüglich der erforderlichen Werkzeuge freuen sich die Regionen über das Programm MEDSTAT und die Absicht der EU, einen Atlas der europäischen Meere zu erarbeiten, sowie über die Verstärkung der Partnerschaften zwischen der Union und den Vereinten Nationen in diesem Bereich; allerdings erwarten sie von diesen Werkzeugen eine bessere Berücksichtigung der gesammelten Daten und eine weitere Verbreitung dieser Daten unter den regionalen und lokalen Institutionen.
- Sie erinnern daran, dass über die Aufstellung von Statistiken hinaus, die Lieferung von vergleichbaren Daten Vorrang hat, damit die Akteure über Entscheidungswerkzeuge und Indikatoren zur Weiterentwicklung der Situation verfügen.
- Sie sind bereit, zu diesen Kooperationsprogrammen im Bereich Daten und Statistiken beizutragen, unter anderem durch Beisteuerung ihrer eigenen Daten, aber möchten enger an den europäischen Strategien zur Gewinnung und Auswertung von kartographischen Daten beteiligt werden. Sie begrüßen diesbezüglich die mit der Europäischen Umweltagentur eingegangene Zusammenarbeit, die noch verstärkt werden sollte.
- Sie möchten von Seiten der europäischen Kommission mehr Untersuchungsmaterial bekommen, um ihre eigene Politik entsprechend anpassen zu können.

Wasser-Rahmenrichtlinie

- Die Regionen betrachten die Wasser-Rahmenrichtlinie (WRR) als ein wirksames und relevantes Werkzeug, um gegen die Verschmutzungsprobleme in den Wasserkörpern anzukämpfen, denn dieses Werkzeug sei den lokalen Gegebenheiten angepasst. Dafür sei es aber ungenügend auf die Küstengewässer ausgerichtet.
- Sie machen die Union darauf aufmerksam, dass die Tragweite der WRR in den Küstenstreifen dadurch begrenzt werden könnte, dass die nationalen und lokalen Institutionen nur schwer zu der passenden Governance finden.
- Sie wünschen sich, dass die WRR in der sogenannten Meeresstrategie, die für das gesamte Mittelmeerbecken gelten soll, für den Bereich Meeresumwelt eine Ergänzung findet.
- Für die Regionen ist die Aufnahme eines strategischen und fachlichen Dialogs zwischen den Koordinatoren der WRR und denen von MED POL unverzichtbar. Sie möchten, dass dauerhafte Systeme zur Überwachung der Wassergüte im gesamten Becken eingerichtet werden, wie es im Rahmen der Programme MYTILOS und MYTIMED versuchsweise gemacht wurde, um das Monitoring und die Evaluierung der Verschmutzung im Mittelmeer zu fördern.
- Sie bejahen die Absicht, die Mittel der Initiative «Horizont 2020» konzentriert für die dringlichsten Punkte («hot spots») einzusetzen aber betonen gleichzeitig, wie wichtig es sei, auch die Anfälligkeit der betroffenen Lebensräume zu berücksichtigen, und vor allem Gebiete zu erhalten, die heute noch weitgehend unbelastet sind und einen großen ökologischen Reichtum darstellen, wie die geschützten Seegebiete. Dazu befürworten sie die Erstellung einer Anfälligkeitsanalyse für die Küstenstreifen.

Chemische Verunreinigung

- Die Regionen möchten, dass der Frage der chemischen Verschmutzung der Meere innerhalb des 7. Rahmenprogramms für Forschung und Entwicklung besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, unter anderem mit dem Verhalten der Chemikalien und der pharmazeutischen Stoffe im Meer und deren Aufnahme in die Ökosysteme der Meere.
- Sie freuen sich über das Inkrafttreten der REACH-Verordnung. Die EU solle als erstes eine Evaluierung derjenigen Industriestandorte vornehmen, die an den Ufern des Mittelmeerbeckens und an den großen Flüssen, die darin münden (Po, Rhone, Ebro, Nil...) mit den 320 giftigsten Stoffen arbeiten. (CMR: karzinogene, mutagene und reprotoxischen Stoffe)
- Sie bitten die europäische Union, für diese Standorte Mittel bereitzustellen, um folgende Maßnahmen zu finanzieren: Ausbildung zur richtigen Anwendung der Verordnung, Ausarbeitung des Lastenheftes zu den entsprechenden toxikologischen Studien, Austausch der Ergebnisse unter den Industriebetrieben.
- Sie bedauern, dass viele Chemikalien, die eine potentielle hohe Gefahr für die Ökosysteme der Meere und die Fischereiressourcen darstellen, vor allem Pharmazeutika, Kosmetika und Pflanzenschutzmittel, aus dieser Richtlinie ausgeschlossen sind.
- In Sachen Verschmutzung durch den Seeverkehr möchten sie, dass die Union die Vorschläge berücksichtigt, die sie der Kommission im Rahmen der öffentlichen Befragung zum Grünbuch über eine europäische Seeverkehrspolitik übermittelt haben.

- ANHANG -

SCHUTZ DES MITTELMEERS VOR VERSCHMUTZUNG

MAK: Mittelmeer-Aktionsplan www.unepmap.eu Koordinierungsstelle in Athen ansässig

Ziel des Mittelmeer-Aktionsplans (MAK) ist der Schutz der Umwelt und die Förderung der Entwicklung im Mittelmeerbecken. Er wurde 1975 in Barcelona, Spanien, von 16 Mittelmeerstaaten und der EU im Rahmen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) verabschiedet. Den rechtlichen Rahmen dafür bildet das 1976 verabschiedete und 1995 revidierte Übereinkommen von Barcelona, und dessen sechs Protokolle, die einzelne spezifische Aspekte des Umweltschutzes abdecken.

MED POL: Koordinierung durch den MAK (Athen)

- Auftrag:

1975 wurde vom MAK aus die Verabschiedung eines koordinierten Programms zur ständigen Überwachung und Erforschung der Wasserverschmutzung im Mittelmeer empfohlen. Zu diesem Zweck wurde das Programm MED POL als wissenschaftlicher Abschnitt des MAK zur «Evaluierung der Umwelt» ins Leben gerufen.

Phase I von MED POL (1975-1980) wurde durch das UNEP in Zusammenarbeit mit Fachinstitutionen wie FAO, WHO und UNESCO formuliert und koordiniert. Damals war das allgemeine Ziel, eine Bilanz für den ökologischen Zustand des Mittelmeerraumes zu ziehen und den Staaten die für die Festlegung und Anwendung der Protokolle notwendigen wissenschaftlichen und technischen Informationen zu liefern.

In seiner **zweiten Phase** (1981-1995) sollte MED POL den Vertragsparteien des Übereinkommens von Barcelona folgendes Datenmaterial liefern:

- Die zur Anwendung des Übereinkommens und der dazugehörigen Protokolle erforderlichen Informationen;
- Evaluierung der Wirksamkeit der in Anwendung des Übereinkommens und deren Protokolle getroffenen Vorsorgemaßnahmen, mit den Indikatoren dafür;
- Wissenschaftliche Informationen, die eventuell eine Abänderung dieser Rechtsinstrumente bewirken könnten.

Unter Beachtung der Erfolge und Lücken der ersten Phasen schlägt die **Phase III** des Programms neue Leitlinien für den Zeitraum 1996-2005 vor. Die Hauptinnovation besteht in der Neuausrichtung der Evaluierungsaufgaben nach dem Schutz gegen die Verschmutzung; heute ist MED POL also ein Instrument zur Umsetzung der drei Protokolle in Bezug auf „Verschmutzung vom Lande aus“, „Einbringen von Schadstoffen“ und „Gefährliche Abfälle“.

Phase IV befindet sich in Planung.

Die Regional Activity Centers (RAC):

PAP/RAC: www.pap-thecoastcentre.org, ansässig in Split

Das RAC/PAP beschäftigt sich hauptsächlich mit dem integrierten Küstenzonenmanagement (IKZM).

Das IKZM ist ein kontinuierliches, proaktives und anpassungsfähiges Verfahren der Ressourcen-Bewirtschaftung für eine nachhaltige Entwicklung der Küstenzonen. Durch das PAP wurden für das IKZM eine Methodologie, allgemeine Vorgaben, Werkzeuge und Techniken sowie zahlreiche praktische Vorhaben erstellt bzw. umgesetzt.

Protokoll IKZM - ein neues Rechtsinstrument

Zur Zeit gehört die Formulierung des Protokolls zum IKZM zu den zehn wichtigsten Projekten des Aktionsplans für das Mittelmeer und des RAC/PAP. Dieses Protokoll stellt auch ein wichtiges Ziel der Strategie für nachhaltige Entwicklung im Mittelmeerraum dar. Die Regierungen der Mittelmeerlande haben eine Arbeitsgruppe aus Experten gebildet, die den Protokolltext im Hinblick auf dessen Verabschiedung im Jahr 2007 ausarbeiten soll.

REMPEC: www.rempec.org, ansässig in Malta

Zweck und Ziele

Der Vorgänger von REMPEC, nämlich das **Regional Oil Combating Centre for the Mediterranean Sea (ROCC)**, wurde am 11. Dezember 1976 in Malta eingerichtet, um die Staaten der Mittelmeerküste bei der Umsetzung des Protokolls in Bezug auf die Zusammenarbeit bei der Vermeidung der Verschmutzung des Mittelmeers durch Kohlenwasserstoffe und durch andere Schadstoffe im Notfall zu unterstützen. (in Verbindung mit dem **Übereinkommen von Barcelona** zum Schutz des Mittelmeers vor Verschmutzung) Es war das weltweit erste Regionalzentrum dieser Art, und es wurde im Rahmen des Programms für die Regionalmeere innerhalb des **UNEP** gegründet. Das Zentrum richtet sich nach den Entscheidungen, die von den Vertragsparteien des Übereinkommens von Barcelona getroffen werden. Es wird von der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (**IMO**) verwaltet und über den *Spezialfonds für das Mittelmeer* finanziert.

1987 wurde der Auftrag des Zentrums um die "gefährlichen Stoffe neben Kohlenwasserstoffe" erweitert und 1989 haben die Vertragsparteien den neuen Zielen und Aufgaben des Zentrums zugestimmt. Daraufhin wurde das Zentrum in „**Regional Marine Pollution Emergency Response Centre**“ (**REMPEC**) umgetauft.

Nach der Verabschiedung des neuen Protokolls über die Zusammenarbeit bei der Vermeidung der Verschmutzung durch Schiffe und bei der Bekämpfung der Verschmutzung des Mittelmeers in Notfällen ([Prevention and Emergency](#))

Protocol wurden die Ziele und Aufgaben des REMPEC im November 2001 noch einmal neu definiert.

Das Zentrum führt eine umfangreiche **Bibliothek** sowie mehrere **Datenbanken**, und gibt verschiedene **Schriften** heraus.

Blue Plan: www.planbleu.org, ansässig in Sophia-Antipolis - Frankreich

Auftrag:

- Den zuständigen Behörden und den Planungsbeauftragten in den einzelnen Ländern der Mittelmeer-Region die erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen, damit diese in der Lage sind, eigene Pläne für eine optimale anhaltende sozio-ökonomischen Entwicklung ohne Schädigung der Umwelt auszuarbeiten.
- Den Regierungen der Küstenstaaten aus dem Mittelmeerraum dabei helfen, ihre Kenntnisse der Probleme zu verbessern, denen sie sowohl im Mittelmeer als in den Küstenzonen gemeinsam entgegenzutreten müssen.

RAC/SPA: Regionalzentrum für besondere Schutzgebiete.

www.rac-spa.org, in Tunis angesiedelt.

Neben den Aufgaben, die ihm von den Vertragsparteien erteilt werden, hat das Regionalzentrum SPA gemäß Protokoll SPA/BD (specially protected areas/biological diversity) noch folgende zu erfüllen:

- In Zusammenarbeit mit den internationalen, den zuständigen Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen, den Parteien dabei helfen, die besonderen Schutzgebiete zu bestimmen und zu verwalten, wissenschaftliche und technische Forschungsprogramme durchzuführen und den Informationsaustausch unter ihnen zu gewährleisten.
- Empfehlungen zu den Leitlinien und den gemeinsamen Kriterien formulieren und Fachberichte und -Studien vorbereiten, die zur Umsetzung des Protokolls SPA/BD erforderlich sein können. - Datenbanken zu den besonderen Schutzgebieten, den unter Naturschutz stehenden Arten und den weiteren Themen in Verbindung mit dem Protokoll SPA/BD einrichten und regelmäßig auf den neuesten Stand bringen.
- Aus- und Fortbildungsprogramme erstellen und durchführen.
- Die Aufträge durchführen, die ihm über die im Rahmen des Protokolls SPA/BD verabschiedeten Aktionspläne erteilt werden.

INFO/RAC / Information and Communication Centre: www.inforac.org, ansässig in Rom

Auftrag des INFO/RAC ist:

- Zu einem besseren Verständnis der Umwelt und deren Veränderungen im Mittelmeerraum zu gelangen;
- die Planungs- und Entscheidungsprozesse, die auf eine nachhaltige Entwicklung im Mittelmeerraum abzielen, durch die Nutzung der Fernerkundung über Satellit und die Verknüpfung mit anderen Informationsquellen zu unterstützen.

RAC/CP: Regional Activity Centre for Cleaner Production. www.cprac.org, angesiedelt in Barcelona

Die wesentlichen Ziele des RAC/PP bestehen in der Förderung von Vorbeugung und Verringerung der Verschmutzung im Industriesektor. Den Vertragsparteien, Organisationen und Institutionen, und dadurch auch den Betrieben, die in ihrem Tätigkeitssektor weniger belastende und umweltgerechtere Techniken und Verfahren fördern möchten, bietet das Zentrum dabei seine technische Unterstützung an.

WALDBRÄNDE

Von der Intermediterranean Kommission vorgelegter Beschluss

Die CRPM ist bestürzt über die katastrophalen Brände, die auf dem europäischen Kontinent, vor allem in den südlichen Ländern wie Spanien, Frankreich, Italien und Griechenland, Tod und Verwüstung gebracht haben.

Griechenland hat in der Tat eine schwere nationale Tragödie erlebt, bei der es mehr als 60 Tote gab, und mehrere Tausend Hektar Wald sowie ganze Dörfer vernichtet wurden.

Darüber hinaus sind die wirtschaftlichen und sozialen Folgen dieser Naturkatastrophen für die Wirtschaft, die Produktion und den Tourismus in den Randgebieten besonders gravierend.

Sicher ist, dass viele Brände auf mehrere Ursachen zurückzuführen sind, darunter die Klimaerwärmung, die Kombination von natürlichen Ursachen und Fahrlässigkeit, sowie verbrecherische Handlungen bzw. Brandstiftung.

Zu den hier aufgeführten Umstände nimmt die CRPM wie folgt Stellung:

- Den betroffenen Familien, die einen Angehörigen oder Freund zu beklagen haben, und den Einwohnern aus den Waldbrandgebieten spricht sie ihr Beileid und ihre Solidarität aus. Sie würdigt das Engagement der Feuerwehrleute, der Freiwilligen und auch der einfachen Bürger, die ihr Leben riskiert haben, um die Brände zu löschen, den Menschen zu helfen, die Schäden zu begrenzen und die Umwelt vor dem Einfluss der Naturkatastrophen des vergangenen Sommers zu schützen.
- Sie nimmt zur Kenntnis, welche Solidarität die Mitglieder der europäischen Union und die übrigen Länder mit ihrer umfangreichen Unterstützung an die betroffenen Gebieten gezeigt haben.
- Sie ist der Ansicht, mit der Aufforstung sämtlicher Wälder müsse unverzüglich begonnen werden und dabei solle das Programm für Wiederaufforstung streng eingehalten werden.
- Sie weist darauf hin, dass eine bessere Brandvorsorge durch Aufstockung der Mittel für den zuständigen öffentlichen Dienst notwendig sei, und auch darauf, dass die Wachsamkeit aller Bürger gefragt sei.
- Sie unterstreicht die Notwendigkeit, scharfe Maßnahmen zur Verbesserung und Anwendung der gesetzlichen Regelungen zum Schutz der Wälder zu treffen, sowie schwere Strafen zu verhängen für diejenigen, die beabsichtigen, aus den Grundstücken in den Katastrophengebieten Nutzen zu ziehen.
- Sie erkennt es als Tatsache an, dass zahlreiche Brände auf verbrecherische Handlungen zurückzuführen sind und ist der Ansicht, dass solche Taten, die zu natürlichen Katastrophen und vor allem zu Waldbränden führen, strenger geahndet werden müssen.
- Sie bittet die Regierungen der Länder, zu denen ihre Mitgliedregionen gehören, die Ziele des Kyoto-Protokolls zu verfolgen und mit Blick auf die Lebensqualität und auf das Leben an sich, nicht nur für die jetzige, sondern auch für die künftigen Generationen, den Umweltschutz als eine Aufgabe von größter Wichtigkeit zu behandeln.

Einstimmig angenommen



**ANPASSUNG AN DEN KLIMAWANDEL IN EUROPA: DIE
HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN DER EUROPÄISCHEN UNION
KOM(2007) 354 ENDG.**

Von der Konferenz der Peripheren Küstenregionen Europas vorgelegter Beschluss

Unter Bezugnahme auf das von der europäischen Kommission am 29. Juni 2007 verabschiedete Grünbuch über die Anpassung an den Klimawandel (KOM(2007) 354 endg.);

Unter Bezugnahme auf die Stellungnahmen von der CRPM bei dem in Marseille im Februar 2006 veranstalteten Seminar «Wie werden sich die Küstenregionen an das künftige Klima anpassen?»;

Unter Bezugnahme auf die von den geographischen Kommissionen der CRPM formulierten Kommentare und Anmerkungen zum Grünbuch über die Anpassung an den Klimawandel in Europa;

Fassen die Mitgliedregionen der CRPM bei ihrer Hauptversammlung vom 17., 18. und 19. Oktober 2007 in Florenz (Toskana) folgenden Beschluss:

1. Die CRPM ist glücklich darüber, dass die europäische Kommission die Initiative zu einem Grünbuch über die Anpassung an den Klimawandel in Europa ergriffen hat; sie weist darauf hin, dass damit die Erwartungen der Küstenregionen angesichts der wachsenden Bedrohung ihrer Gebiete und ihrer wirtschaftlichen Grundlagen durch die Folgen des Wandels erfüllt wurden;

2. Sie sieht die «doppelte Herausforderung» im Klimaschutz und in der Anpassung an den Klimawandel, möchte aber betonen, dass diese zwei Seiten der Aktion eng miteinander verknüpft sind, und dass die Regionen zu beiden einen Beitrag leisten können;

3. Sie betont auch, dass das Grünbuch in einem globalen Kontext zu betrachten ist, und dass die vorgeschlagenen Leitlinien insbesondere mit der maritimen Dimension der EU, mit der Meeresstrategie und dem integrierten Küstenzonenmanagement sowie mit der Revision von Politiken wie die Energie- oder die Landwirtschaftspolitik in Verbindung zu bringen sind. Vor diesem Hintergrund sind auch die Möglichkeiten zu beachten, die durch den Beginn einer neuen Planungsperiode und die anstehenden Diskussionen für den Zeitraum nach 2013 geboten werden;

4. Die CRPM stimmt mit den Feststellungen aus dem Grünbuch überein, dass sich für alle Wirtschaftszweige und alle Gebiete tiefgreifende Veränderungen ankündigen, dass dringend Antworten darauf zu finden sind, und dass auf die globale Dimension der Ereignisse zu achten ist; sie weist die Kommission darauf hin, dass die Untersuchungen dadurch zu ergänzen sind, dass das Kulturerbe der Küstenregionen, das durch die Folgen des Klimawandels schwer bedroht ist, berücksichtigt wird; die CRPM bittet auch darum, dass den Auswirkungen auf die Umwelt und den wirtschaftlichen und sozialen Folgen die gleiche Beachtung geschenkt wird. Was sie vor diesem Hintergrund besonders beschäftigt, ist die menschliche Gesundheit und die erforderliche Anpassung der sozialen Dienstleistungen an neue Lebensbedingungen; eine besondere Aufmerksamkeit möchte sie auch den Insellagen schenken, wo die Anpassungsmaßnahmen aufgrund der besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse schwieriger umzusetzen sind;

Schließlich weist die CRPM darauf hin, dass es für die Union sinnvoll ist, den ultraperipheren Regionen, die besonderen Gefahren wie Stärke und Häufigkeit von Stürmen ausgesetzt sind, besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Aufgrund ihrer geographischen Lage und ihrer wissenschaftlichen Ressourcen können diese äußersten Randgebiete im Hinblick auf die Erforschung und Abwendung der Folgen des Klimawandels sehr nützlich sein.

5. Aufgrund dieser Feststellungen ist die CRPM aber der Meinung, die im Grünbuch vorgeschlagenen Antworten seien den Herausforderungen nicht angemessen und lehnt die Idee ab, dass die Anpassung an den Klimawandel im Wesentlichen durch eine Anpassung der vorhandenen Sektorpolitiken erfolgen soll; sie plädiert hingegen für eine völlige Umgestaltung mancher Politiken, unter anderem der Energiepolitik, bei der heute Techniken zur Verfügung stehen, die den Übergang zu einer Wirtschaft mit geringem

Kohlenstoffeinsatz erlauben. Auch die Verkehrspolitik solle durch die Verlagerung der Ströme auf den Seeverkehr (Küstenschifffahrt und Hochgeschwindigkeits-Seewege) und die Bahn tiefgreifende Veränderungen erfahren;

Die CRPM weist darauf hin, dass die erneuerbaren Energien – als Lösung für den künftigen Bedarf an Energie – mit einer Begrenzung der Nachfrage sowie mit einer besseren Energieproduktivität kombiniert werden müssen, um die Kohlenstoffemissionen zu verringern.

6. Sie ersucht die Kommission, das europäische Parlament und den Rat, die Debatte über die Anpassung an den Klimawandel zu nutzen, um eine tiefgehende Reflexionsarbeit über das Entwicklungsmodell der Union, dessen Ziele, Funktionsweise und Politiken aufzunehmen. Ihrer Meinung nach dürfte eine solche Debatte dem europäischen Aufbauwerk wieder mehr Sinn verleihen, sowohl die öffentlichen als auch die privaten Kräfte und Initiativen mobilisieren, sowie Ansehen und Wirksamkeit des Handelns der EU in der Welt stärken;

7. Zu diesem Zweck fordert sie zur schnellstmöglichen Bildung von »Generalständen der nachhaltigen Entwicklung in Europa« auf, um ein Modell der nachhaltigen Entwicklung zu entwickeln, zu verabschieden und umzusetzen. Dieses neue Modell soll nicht mehr durch Aufteilung nach Sektoren, sondern auf der Grundlage eines integrierten Ansatzes funktionieren. Unter anderem sollten bei der entsprechenden Debatte konkrete Maßnahmen getroffen werden, um jeweils die gemeinschaftlichen Politiken und die Politiken der einzelnen Governance-Ebenen aufeinander abzustimmen;

8. Als erste dringende Maßnahmen bittet die CRPM die Kommission, die vorhandenen Kooperationsinstrumente in vollem Umfang zu nutzen – vor allem der transnationale Abschnitt zur Erreichung von Ziel 3 – indem hier die Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel vorrangig behandelt werden;

9. Die Mitgliedregionen der CRPM wollen zur Umsetzung dieser Maßnahmen beitragen und sie betonen, dass ihre Prioritäten bei den Informationsmaßnahmen liegen. Besonders wichtig sei für sie, dass die Daten und Linien, die aus Forschungsergebnissen, aus dem Austausch von Erfahrungen und *good practices* und aus der Aufstellung von Anfälligkeitsanalysen für die Gebiete und die regionale Ökonomie gewonnen bzw. ausgearbeitet werden, zur Verfügung stehen. Damit sollten sie ihre Entwicklungsstrategien, ihre Planungsunterlagen und Handlungsprioritäten unter Einbeziehung sämtlicher Beteiligten – sowohl öffentliche als auch private – anpassen können;

10. Schließlich fordert die CRPM die Kommission und die Mitgliedstaaten dazu auf, die Bemühungen der Regionen für ihre Beteiligung an der Einrichtung eines weltweiten Netzwerkes der regionalen Regierungen zu unterstützen, insbesondere im Rahmen des «nrg4SD» (network of regional governments for Sustainable Development), das den Schutz vor dem Klimawandel zu einer seiner Prioritäten gemacht hat. Sie ersucht die Kommission, das europäische Parlament und die Mitgliedstaaten und die Regionen, sich aktiv an der im Oktober 2008 in Saint-Malo (Bretagne) geplanten Konferenz zu beteiligen, bei welcher sich die Regionalregierungen der Welt im Rahmen des Netzwerkes «nrg4SD» zum Thema Klimawandel treffen werden.

Einstimmig angenommen

•
••